



VON ARTE UND WDR ZENSIERTER FILM

TV-Tipp: ARD zeigt Film über Hass von Moslems und Linken auf Juden

Von Michael Stürzenberger | Erst versuchten Arte und WDR diesen heiklen Dokumentationsfilm in der Schublade verschwinden zu lassen. Dann veröffentlichte ihn die BILD in einem mutigen Eintreten für die Pressefreiheit ([PI berichtete](#)). Jetzt legt die ARD sogar mit einem Doppelpack nach: Nach dem Film um 22:15 Uhr liefert das „Erste“ anschließend auch noch eine Maischberger-Talkrunde zum Thema.

Leider wird diese erst kurz vor Mitternacht stattfinden. Bei der Brisanz des Themas hätte man besser gleich nach der Tagesschau zur Prime-Time um 20:15 Uhr loslegen sollen. Aber so mutig sind die GEZ-Funker dann doch nicht, schließlich wird nichts Positives über Moslems und Linke geäußert. Immerhin sieht sich jetzt auch Arte im Zugzwang und strahlt den Film heute um 23 Uhr [ebenfalls aus](#), damit das Werk den französischen Zuschauern nicht vorenthalten wird. Zunächst hatte man die Sendung mit dem fadenscheinigen Hinweis auf vermeintliche „handwerkliche Fehler“ verweigert.

Grund dürfte vielmehr gewesen sein, dass der in mühevoller

monatelanger Kleinarbeit hergestellte Film schonungslos den knallharten Hass auf Juden entlarvt, den sowohl Moslems als auch Linke verinnerlicht haben. Die einen wegen ihrer „Religion“, die seit Mohammeds Zeiten Juden als Feindbild hat, die anderen wegen ihrer antikapitalistisch-sozialistischen Ideologie, die in Israel einen Feind sieht und die Palästinenser als Freiheitskämpfer gegen die vermeintlichen imperialistischen Unterdrücker verortet. Alexander Wallasch meint hierzu [bei Tichys Einblick](#):

Gezeigt werden muss er besonders auch deshalb, weil er zunächst nicht gezeigt werden sollte. Aber auch, weil er schlicht verstörend ist mit seinem Hinweis auf den linken Antisemitismus, der sich kaum vom braunen unterscheidet. Tief ist der palästinensische Opfermythos auch in die Spitze der SPD eingesickert. Liegt darin der tiefere Grund für den Versuch, die sehenswerte Doku in den Filmkeller zu vergraben?

Für den SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz dürfte gerade der Anfang des Films hochpeinlich werden, denn da ist die Rede des Terror-Paten Mahmud Abbas am 25. Juni 2016 vor dem EU-Parlament zu sehen. [Darin verbreitete er](#) die alte Hass-Propagandalüge vom Brunnen vergiftenden Juden, was er zwei Tage später selber revidieren musste. Die EU-Abgeordneten hatten dem Mann stehend Beifall geklatscht, der mit seiner Palästinensischen Autonomiebehörde den Familien von Terroristen bis zu 3000 Euro monatlich zahlt, wenn jene als Dschihadisten gegen Israel ihr Leben verlieren.

Zudem soll Mahmud Abbas, der eigentlich Abu Mazen heißt, an der Planung des Terroranschlags bei der Olympiade 1972 in München beteiligt gewesen sein, bei dem elf israelische Sportler getötet wurden. Ebenso an der Planung des Massakers vom 12./13. Mai 1974 in der jüdischen Ortschaft Ma'alot, bei dem 22 Kinder, zwei Frauen, darunter eine Hochschwangere, sowie ein Mann getötet wurden. In seiner Doktorarbeit bezweifelt Abbas-Mazen die Verwendung von Gaskammern zur

Judenvernichtung und streitet die Opferzahl von 6 Millionen Juden ab.

Bei dieser äußerst zwielichtigen Person bedankte sich der damalige Präsident des Europäischen Parlaments und jetzige SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz via Twitter für dessen „inspirierende Rede“. 71 Jahre nach dem Ende des Holocaust erhielt damit antijüdische Hetze in Europas höchstem demokratischen Gremium Applaus und Zuspruch, während Medien hierzulande dies konsequent verschwiegen.

In der von der BILD veröffentlichten Videofassung fehlten wichtige Untertitel. Nach knapp einer Stunde ist Salah Al-Bardawil, der Führer der Hamas in Gaza zu sehen, der am 26. November 2016 bei Al-Aqsa TV eine üble Lüge verbreitete. Die Übersetzung habe ich in den Untertitel eingefügt:



Anschließend wird Islam-Prediger und Hamas-Mitglied Scheich Yunis Al-Astal gezeigt, der am 20. Juni 2012 bei Al-Aqsa-TV erzählte, dass Allah die Israeliten im Laufe der Geschichte häufig bestraft habe. Hierbei zählt er übrigens auch die Nazis auf, die seiner Meinung nach mit ihrer Massenvergasung der

Juden den Willen Allahs ausgeführt hätten. Dann sagt er:



Statt der Untertitel waren in der BILD-Veröffentlichung nur schwarze Balken zu sehen. Ebenso bei dem Interview einer bekopftuchten Moderatorin, die von zwei palästinensischen Jungen hören möchte, was sie einmal werden wollen. Einer sagt „Schlachter“, der andere „Ingenieur“. Auf die Frage, warum Ingenieur, antwortet er offen:



Man darf gespannt sein, ob diese knallharten Aussagen in der TV-Fassung jetzt immer noch durch schwarze Balken wegzensiert werden oder ob die Wahrheit dem Zuschauer gezeigt wird.

In der Maischberger-Talkrunde „Israelhetze und Judenhass: Gibt es einen neuen Antisemitismus?“ könnten um 23:45 Uhr klare Statements kommen, denn es sind zwei [aussagekräftige Gäste geladen](#): Der Geschichtswissenschaftler Michael Wolffsohn hatte die Dokumentation bereits im Vorfeld als „herausragend“ gelobt. Der Psychologe Ahmad Mansour stellt fest, dass der unter jungen Moslems in Deutschland wachsende Antisemitismus in moslemischen Familien zur Erziehung gehöre. Er selber sei im Libanon so aufgewachsen, habe als Jugendlicher den Juden den Tod gewünscht und sie mit Schweinen verglichen.

Ihnen gegenüber steht Rolf Verleger, der ausgerechnet als ehemaliges Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland die Überzeugung vertritt, die Logik der Argumentation in dem Film sei falsch, dass die Palästinenser Unrecht hätten und daher jede Kritik an Israel unsachlich sei. Die Journalistin Gemma Pörzgen vertritt die Überzeugung, dass der Film eine „sehr klare propagandistische Linie“ habe und diese ganze

Thematik „sehr einseitig“ zeige. Der CDU-Politiker Norbert Blüm ist auch als scharfer Israelkritiker bekannt. Dazu kommt noch der WDR-Fernsehdirektor Jörg Schönborn, der wohl die Aufgabe hat, die vorherige Zensur-Entscheidung zu rechtfertigen.



Über den Dingen

Von Cantalooop | Sollte man sich befinden, wenn man gesamtgesellschaftliche Ausformungen empirisch und seriös beurteilen möchte. So stehen wir derzeit vor einer wahrhaft epischen Größenordnung in der Bevölkerungs-„Umwälzung“ – wie sie hierzulande wohl niemand jemals zuvor erleben durfte.

Als ein moralisch hochstehender „Europapolitiker“ nimmt man eben gerne alle Erdenbürger auf, die nicht mehr arm und hungrig sein wollen, etikettiert diese pauschal als „Geflüchtete“ und öffnet all seine Tore. In wessen Interesse auch immer. Die Stamm-Bevölkerung wird diesbezüglich jedoch besser nicht gefragt. Dann sieht man den „Kontinentenwanderern“ noch all ihre „Verbotsirrtümer“, die zahlreichen „Rangeleien“ und „Grabschereien“ lächelnd nach, versorgt sie vollumfänglich – wähnt sich im Anschluss selbstgefällig auf der „richtigen Seite“. Und selbstredend – ganz wie es sich in solch hochtrabenden Kreisen gehört; es darf auch weiterhin ein Jeder kommen der will, oder kann. Es wird weder gezählt noch selektiert oder gar kontrolliert. Denn

das wäre ja zutiefst „rassistisch“, ganz so, wie es [auch der Berliner Senat empfindet](#).

„All in“ – und dann „all inclusive“

Oder wie es der greise Finanzminister aus der badischen Provinz einst ausdrückte: „Wir suchen nicht aus“. Wir fügen uns einfach unserem vermeintlichen Schicksal. In manchen Zirkeln ist eben auch ein orientalischer Nichtsnutz doppelt so viel „wert“ als ein biodeutscher Ingenieur.

Ergo; „all in“ – und dann „all inclusive“. So ist der teuflische Plan. Jedoch birgt diese Erkenntnis alleine keine grundsätzlich neuen Informationen für den geneigten Leser. Bis hinein in die abgelegensten Siedlungen der einsamsten Provinzen unserer Republik werden für die Neuankömmlinge eilfertig Containerdörfer und Reihenhäuser errichtet, eine von oben verordnete Willkommenskultur verbietet den staunenden Bürgern jedwede kritische Äußerung dazu.

Frei nach Johann Strauss II. „Glücklich ist, wer vergisst, was nicht mehr zu ändern ist“. Sie sind jetzt wirklich überall präsent, die bunten „Zugereisten“ – von Flensburg bis Garmisch. Auch wenn es derzeit medial etwas auf „Sparflamme“ gehalten wird, so wissen wir doch ganz genau, dass noch Millionen von Afrikanern, die, abgesehen von sich selbst, ihre Religion, ihre Sitten und Gebräuche mitbringen, die bekanntlich in der Vorstellungswelt vorindustrieller Gesellschaften wurzeln, bereits auf gepackten Koffern sitzen. Und als besonderes Schmankerl – [konstatiert die Huffington Post](#) nun auch noch einen „hocherfreulichen“ Baby-boom im vergreisenden Lande. Nur – wessen Kinder dort in Berlin, Hamburg und Köln hauptsächlich geboren werden, darüber herrscht beredtes Schweigen. Wir können es uns denken.

Klotzen statt kleckern heißt derzeit die Devise

Exakt der „Phänotyp“ dieses Entwicklungs-Prozesses ging auch schon vor dem „Schicksalsjahr“ 2015 langsam schleichend, quasi

„step by step“ vonstatten. In relativ konstanten Kohorten von um die 200.000 Menschen/ Jahr kamen die „Neubürger“ seinerzeit ins Land und wurden sogleich gut „verteilt“, so dass es eigentlich kaum auffiel. Das hat sich nun grundlegend geändert – klotzen statt kleckern heißt derzeit die Devise. Der Islam, allen konservativen Unkenrufen zum Trotz, ist längst ein integraler Baustein der „neuen“ Gesellschaftsordnung geworden, [auch wenn offiziell nur fünf Prozent](#) der Menschen in Deutschland dieser Glaubensrichtung angehören.

Selbst die Scharia scheint so manch einem hochrangigen SPD-Politiker mittlerweile zur echten Option geworden zu sein. Kritik an all diesen hausgemachten Zuständen gestaltet sich indes immer schwieriger, der öffentliche Druck, „stillzuhalten“, und die schon fast flächendeckende Überwachung des einst so freien Internets trägt ihr Übriges dazu bei. Nahezu jede abweichende Meinung in dieser Massenzuwanderungs-Debatte gilt zwischenzeitlich als „Hass“. Und [Aktionstage „gegen Hasspostings“](#) mit stündlicher Wiederholung in allen Radio- und TV-Stationen, wie aktuell [\(PI-NEWS berichtete\)](#), erzeugen das mittlerweile schon vertraute Klima von Einschüchterung und Angst.

Ogleich im Moment eine wahre Orgie der Gewaltverbrechen im Namen Allahs, begangen von „Geflüchteten“ an ihren eigenen Landsleuten oder auch an vielen Einheimischen, die Republik erschüttert, werden diese entsetzlichen Zustände seitens der politischen Kaste in weiten Teilen immer noch stillschweigend ausgesessen. Man redet einfach nicht darüber. Sind ja alles nur Einzelfälle, fast alle Täter verschwinden zunächst einmal in der Psychiatrie. Das sollte man mal nicht dramatisieren und keinesfalls darf man da eine ganz bestimmte Religion mit in die Verantwortung nehmen. Denn diese ist ja bekanntlich im Kern „friedlich“.

Tabuthema und politisches Minenfeld

Wir wissen es mittlerweile allerdings besser – nur nutzt uns

das rein gar nichts. Denn keine der Systemparteien ist auch nur annähernd gewillt, sich ernsthaft dieser brisanten Thematik zu öffnen. Migrantengewalt, religiöse Fanatiker und hohe Kosten für die Versorgung „Schutzbedürftiger“ – ein Tabuthema und politisches Minenfeld gleichermaßen. Da lässt sich sicher kein (System-) Politiker darauf ein, der auf einem weich gepolsterten Stuhl sitzt.

Sicherlich sind nicht alle „ins Land Strömenden“ potentiell böartig oder gefährlich. Ein nicht zu unterschätzender Teil von ihnen allerdings schon. Und der Rest zeigt oftmals ein Benehmen, das jedwede Art von Manieren, Anstand oder gar Höflichkeit komplett vermissen lässt. Rau und hart ist der Umgangston geworden – der Imperativ ist eben die bevorzugte Kommunikationsform der Muslime gegenüber den „Ungläubigen“. So kennen sie es von zu Hause – und so pflegen sie es auch in der Diaspora weiter. Inshallah.

[Alleine diese Tatsachen](#) werfen derzeit deutlich mehr Probleme auf, als die Einwohnerschaft Deutschlands in der Lage ist, zu schultern. Und selbst nach 15 Semestern Soziologie-Studium in all seinen Facetten wird kein Diversitäts/Konflikt/Gender/Migrations-„Experte“ in Berlin oder einer anderen grün-roten Hochburg in der Lage sein, diese strittigen Fragen angemessen zu lösen.

Libanon-Entwicklung in Deutschland

Nur indem die (Noch-)Mehrheitsgesellschaft immer weiter zurückweicht, die Sozialgelder an die Familienclans, Salafistenclubs und Moscheegemeinden weiter fließen – und berechtigte Einwände ob dieser Selbstzerstörung-Orgie bestraft werden, wird der latent schwelende Konflikt gerade noch so unterdrückt. Von Anschlag zu Anschlag eben. So lange bis die Muslime flächendeckende Mehrheiten in den Großstädten bilden. Spätestens dann werden alle Dämme brechen. Und dies dauert sicher nicht mehr allzu lange. Viele Bürger werden eine „Blaupause“ dieser einstigen Libanon-Entwicklung noch erleben.

Einen Trost haben wir noch. Der „Deutsche“ an sich ist ja erprobt „leidensfähig“. Er ließe sich sicher auch noch mehr aufbürden – wie viel mehr genau, will die Führung der Partei „Die Grünen“ gerade im Rahmen ihres Parteitages „austesten“. Sie [plädieren ja bekanntlich für folgende „Werte“](#); weiterhin unbegrenzte Aufnahme von Muslimen, Abschaffung von Bargeld, das langsame [Verbot des geliebten Automobils](#) und der Individualmobilität in seiner jetzigen Form, Verzicht auf Fleisch, Volksfeste und Kreuze, noch höhere Steuern und trotz massiver Überwachung noch weniger innere Sicherheit – sowie last but not least; noch ein stärkeres schlechtes Gewissen – ob des ganzen Unglücks in dieser Welt, an dem die Deutschen ihrer Ansicht nach ja maßgeblich mitverantwortlich sind. Von der Klimaerwärmung einmal ganz zu schweigen.

Gewagter Schachzug. Ein Riesen-Appell an die „Moral“ und „Vernunft“ der Bürger – aber es könnte klappen. Wenn unsere Grünen, in welcher Form auch immer, im Herbst in Regierungsverantwortung treten sollten, was leider nicht so ganz ausgeschlossen werden kann, dann wird es sehr ernst werden. Für alle. Mit einem solch realitätsblinden Linksblock in Regierungsverantwortung könnte das obige Bild auch hierzulande schon sehr bald bittere Realität werden.



Kretschmann rechnet mit Grünen-Spitze ab: „Ihr habt keine Ahnung!“

Beim dreitägigen Bundesparteitag der Grünen am vergangenen Wochenende in Berlin gab es eine am Rande der Reden und Abstimmungen eine skurille Szene: Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann sprach von seinem Platz aus – bei laufender Kamera von [Jouwatch](#)-Reporter Christian Jung – recht vertraut mit seinem schwäbischen Parteifreund, dem Stuttgarter Bundestagsabgeordneten Matthias Gastel. Dabei ging er klar auf Distanz zu seiner eigenen Partei. Diese solle sich mit sechs bzw. acht Prozent zufrieden geben, wenn sie sich zu radikal gebäre. Er bezog sich dabei auf den Beschluss, bis zum Jahr 2030 alle Benzin- und Diesel-Autos zu verbieten und nannte diesen einen „Schwachsinn-Termin“. Angesichts solcher Beschlüsse solle die Partei den Wahlkampf ohne ihn machen. Aber sehen Sie selbst: Drei Minuten beste Unterhaltung!



Deutschlands Totengräberin

Merkel für gemeinsamen EU-Finanzminister

Von Kewil | Nachdem man die, die schon länger hier sind, fortwährend durch mittellose Asylanten ersetzt, fordert die unverschämte Rechtsbrecherin Merkel, die kein Grundgesetz und keinen Vertrag achtet, jetzt auch – [wie bereits im PI-NEWS-Beitrag hier angedeutet](#) – das Geld ihrer verbliebenen Untertanen, um es von Fremden in der EU verwalten zu lassen und ins Ausland zu verschenken. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich für einen Euro-Finanzminister und ein Budget für die Währungsgemeinschaft ausgesprochen. So harmlos hört es sich an, wäre aber das finale Verbrechen, wie man Deutschland endgültig fertig machen kann, ohne jemals das Volk zu befragen.

Hier nur ein Leser-Kommentar aus der [JF zu diesem Artikel](#):

Eine Mehrfach-Strategie, die einzig und allein dem Zweck dient, die Restsouveränität unseres Landes u.a. den Franzosen auf einem silbernen Tablett zu servieren.

Dies gilt nicht nur für das Finanzministerium und den Euro, sondern natürlich auch für die Bundeswehr, die zu einer „Europaarmee“ verscherbelt werden soll.

Der Einfluss Deutschlands hierauf wird genauso groß wie auf das Wirken der EZB (Europäische Zentralbank) sein, nämlich gleich „Null“!

Unser Land soll dann irreversibel der Willkür fremder, ausländischer Interessen unterworfen werden...

Und es gibt keine Gegenstimmen, weder in Politik und Wirtschaft, noch bei der gleichgeschalteten Presse. Und die AfD verliert derzeit an Beliebtheit. Wir leben in einem Irrenhaus!



Rendsburg: Eltern vor Gericht, weil sie ihr Kind vor dem Islam schützen wollen

Die Islamisierung Deutschlands schreitet hurtig voran und ohnehin zu wenige Menschen wehren sich, wenn doch landet man aber offenbar schnell mal vor Gericht. Im Oktober letzten Jahres [berichtete PI-NEWS](#) über den Fall eines 13-jährigen Schülers des Gymnasiums Kronwerk in Rendsburg, der auf Wunsch seiner Eltern nicht an einem Besuch in einer Moschee der verfassungsfeindlichen, islamfaschistischen Milli Görüs-Bewegung teilnahm.

Der Vater hatte, um der Schulpflicht Genüge zu tun auch vorgeschlagen, dass sein Sohn die betreffende Zeit in einer Parallelklasse verbringen solle. Nach Aussagen des [Kieler Bildungsministeriums](#), sei das abzulehnen gewesen, denn es sei Pflicht für jeden Schüler im Rahmen des Erdkundeunterrichts an einem Moscheebesuch teilzunehmen, das entspräche „dem grundlegenden pädagogischen Ziel gemäß § 4 Abs. 6 Satz 1 SchulG (Schulgesetz) Schleswig-Holstein. Die für die Angelegenheit (noch) zuständige Schul- und Berufsbildungsministerin Britta Ernst ist die Ehefrau von SPD-Vize und Erstem Bürgermeister der Stadt Hamburg und SPD-Hoffnungsträger Olaf Scholz.

Der Gymnasiast blieb dann am besagten Tag daheim. Daraufhin erhielten die [Eltern einen Bußgeldbescheid](#) in Höhe von jeweils 150 Euro für Vater und Mutter. „Schulschwänzen“ stellt nämlich eine Ordnungswidrigkeit dar – offenbar auch, wenn das Ministerium höchstselbst den Besuch einer Parallelklasse nicht genehmigt.

Über die Kinder entscheidet der Staat

Die Eltern wollen nicht zahlen, nun gibt es eine Gerichtsverhandlung. Wie die [Schleswig-Holsteinische Landeszeitung](#) berichtet, erklärte Renate Fritzsche, die Rektorin des Gymnasiums, das Ministerium habe Schulen dazu ermuntert, Moscheen zu besuchen. „Es ist ein wichtiges Ziel unserer Erziehung, die Bereitschaft bei den Kindern zu erwecken, sich mit fremden Kulturen zu beschäftigen und sie zu tolerieren.“

„Die Schule soll die Offenheit des jungen Menschen gegenüber kultureller und religiöser Vielfalt, den Willen zur Völkerverständigung und die Friedensfähigkeit fördern“, tönte ein Sprecher der Kieler Indoktrinationsbehörde.

Da ist aber noch viel Luft nach unten, was man Kindern so alles im Rahmen „kultureller Vielfalt“ per Schulgesetz verordnet zeigen könnte. Wem jetzt noch nicht übel ist, der kann sich ja darüber Gedanken machen. Die eine oder andere Idee steuern sicher auch noch die staatlichen Ideologie-Dealer vom Bildungsministerium bei.

Eltern hatten Angst um ihr Kind

Die Rendsburger Moschee stand jedenfalls aufgrund der dort tätigen Milli Görüs-Bewegung lange Zeit unter [Beobachtung des Verfassungsschutzes](#), der dieser Organisation in Teilen eine „extremistische und antisemitische Zielsetzung“ bescheinigte. Die islamische Landnahmeinheit hat zwei 26 Meter hohe Minarette und in Rendsburg [plärrt auch der Muezzin seinen Will-Köpfen-Schlachtruf](#) über die Gemeinde.

Alexander Heuman, der Anwalt der Familie begründet das Handeln der Eltern, diese hätten auch angesichts einer Vielzahl islamischer Gewalttaten um Leib und Leben ihres Sohns gebangt und wollten ihn nicht einem Umfeld aussetzen, wo er als „Ungläubiger“ verachtet werde.

Unsere linke islamaffine Justiz wird Anwalt und Eltern zwar vermutlich abblitzen lassen. Dennoch wäre es wünschenswert, mehr Eltern würde sich derart schützend vor ihre Kinder stellen und sich weigern, sie dem Islam und seinen Hassgläubigen zu überlassen – ebenso wenig wie ihr Erziehungs- und Aufenthaltsbestimmungsrecht den Schulen, die, wie man aller Orts sehen kann dafür sorgen, dass unsere Kinder sich naiv und ohne gesunde Berührungsangst den islamischen Monstern nähern. (lsg)



Abschiebungen: Die LÜGE wird immer größer und immer leiser

...

Von Peter Bartels | Jeder zweite „Flüchtling“ ist keiner. Offiziell! Sie müssen abgeschoben werden. Sie werden es n i c h t. Merkel und ihr Minister de Misere lügen um die Wette.

Die rot/grüne Kanzlerin „versprach“ und „forderte“ schon im September 2016 (letztes Jahr!) eine „nationale

Kraftanstrengung“ bei der „Rückführung abgelehnter Asylbewerber“. Damals klapperte sie mit den Augendeckeln und knabberte dann weiter an den Fingernägeln. Aber Ihr „tapferer“ Minister de Misere, der schon zu feige war, die deutschen Grenzen 2015 vor der Migranten-Flutung zu schützen, guckt seither energisch durch die Brille: Nu aber ganz bestimmt, ganz schnell!

Bis ihm im Januar 2017 bei den ersten 50 Afghanen in Frankfurt, Herz und Amts-Eid wieder mal in die Hose rutschten: Statt 50, wie geplant, wurden nur noch 26 angefleht, doch „bitte, bitte“ den extra gecharterten Urlauberjet zu besteigen (darunter sieben vorbestrafte Kriminelle!). Immerhin warteten an Bord doch schon 79 Polizisten in Kampfausrüstung, Dolmetscher, Ärzte, ein Grenzbeamter der EU-Grenzwachen (?) „Frontex“. Uuund – drei Mitglieder der „Anti-Folter-Kommission! Klar, seit der RAF in Stammheim wissen ja alle, dass in Deutschland gefoltert wird, wie seit der Inquisition im Mittelalter nicht mehr...

Robin Alexander: „Europas Selbstbetrug bei den Abschiebungen“

11.900 Euro kostete jeder „Ausreisepflichtige“. 350.000 allein dieser eine Flug in die Heimat. 11.900 Afghanen warten seither auf ihr Flugticket, darunter 10.300 „Geduldete“. Robin Alexander, der in seinem Bestseller „DIE GETRIEBENEN“ die Feigheit von Kanzlerin und ihrem Minister de Misere beim Grenz- und Flüchtlings-Versagen enthüllte, jetzt in der WELT: [„Europas Selbstbetrug bei den Abschiebungen“](#). Er notiert: Von den 25.375, die Deutschland 2016 abschob, wurden lediglich 7451 in Nicht-Balkan-Länder gebracht. Die „Europäische Stabilitätsinitiative“ (ESI) hat die Balkan-Zahlen für 2016 raus gerechnet. Danach „schafften“ es Merkel/ de Maizière 2016 aus Deutschland 7451 „Asyl-Erschleicher“ heim zu geleiten. Robin Alexander: „Obwohl die Zahl der Ausreisepflichtigen um ein Drittel gestiegen war.“

Dramatisch: Die meisten „Flüchtlinge“ kommen längst aus

Nigeria. Fast alles stramme, junge afrikanische Männer. Sie werden von heldenhaften deutschen „Rettern“ aus dem Mittelmeer gefischt und in stundenlanger Schifffahrt (aber mit leuchtenden Schwimmwesten) nach Lampedusa gebracht, statt in 30 Minuten (incl. „Boarding“) zurück an Libyens Küste. Vom italienischen Inselchen geht's, nach einem lästigen Zwischenstopp, ab nach EU-Europa im Norden, die allermeisten ins inzwischen für halb Afrika gelobte Merkel-Germoney. Zwar erkannte Italien letztes Jahr nur 521 Nigerianer als „Flüchtlinge“ an. Aber 4198 erhielten einen „zeitlich begrenzten“ Schutzstatus, gut deutsch: Auf Dauer! Immerhin: Die Italiener lehnten auch 13.823 Nigerianer ab! Und sie schoben sogar sagenhafte 120 Schwarze ab! Nochmal: 120!

Migranten-Ströme im Wahljahr unterm Deckel halten

Und so geht es munter weiter in EU-Europa, Tendenz heftig steigend: Letztes Jahr wurden in Italien 37.551 Nigerianer registriert, insgesamt 181.436. Rekord! Dieser GRÜNE und ROTE immer noch glücklich machende Trend (Göring: „Menschengeschenke“, Schulz: „Wertvoller als Gold“) zeichnet sich auch in den ersten Monaten 2017 ab, also dieses Jahr.

Warum wir aber immer seltener was von der schwarzen Flut aus Afrika in der Tagesschau sehen? Weil Wahljahr ist. Und weil Merkel deshalb gespielt treuherzig „behauptet“, die Migranten-Ströme haben deutlich nachgelassen! Und deshalb ihr Minister de Misere so tut, als würde er alles im Griff haben, vor allem die „Rückführung“. Dabei hat er nur die Lügen etwas besser im Griff: Abgelehnte Asylbewerber werden „jetzt“ ... „gleich“ ... „bestimmt“ ... „konsequent“... „rückgeführt“. Schon beim leisesten Muckser der GRÜNEN, der Sozi- oder SED-Roten geht er aber elastisch in die Knie: Wir müssen reden, Frau Bundeskanzlerin ... Und dann reden sie. Wie immer leise. Und die Tagesschau wird nur noch bei Meldungen, wie dieser etwas lauter: Seit 2016 sind im Mittelmeer 4576 Flüchtlinge ertrunken. Gemeint sind natürlich „Flüchtlinge“...

Deutschland wird nicht nur immer islamischer, Deutschland wird auch immer afrikanischer. Nach der Wahl darf dann endgültig jeder, der schon länger hier lebt, schwarz sehen ...



Bünsdorf: „Flüchtling“ mit Tuberkulose in Kindertagesstätte

Von L.S.Gabriel | In Bünsdorf, einer kleinen Gemeinde im Kreis Rendsburg-Eckernförde in Schleswig-Holstein haben wieder einmal der sträfliche Leichtsinn und die unfassbare Dummheit der Gutmenschenfraktion möglicherweise schlimme Auswirkungen auf die Schwächsten unserer Gesellschaft – Kinder.

Von Januar bis Ende Mai diesen Jahres lebte ein „Flüchtling“ aus dem Jemen unter dem von unseren Behörden geduldeten aber dennoch gesetzwidrigen sogenannten Kirchenasyl der evangelischen Gemeinde in Bünsdorf. Während seines Aufenthalts hatte er auch Zugang zu den Räumlichkeiten der evangelischen Kindertagesstätte und Kontakt zu möglicherweise bis zu 50 Kindern – 18 Jungen und Mädchen aus dem Kindergarten und weitere 25 aus dem Kirchenkreis und der Jungschar. Nun wurde bekannt, dass der „nach einem besseren Leben Suchende“ an einer „relevant ansteckenden“ Form der Tuberkulose leidet und er möglicherweise Kinder infiziert hat.

Warnungen der Medizin in den Wind geschlagen

Es ist nicht der erste Fall dieser Art, bei dem offenbar ohne Hirn oder auch nur dem Anflug von Sorgfalt Kinder bei uns so einer Gefahr ausgesetzt wurden – zum Beispiel im vergangenen Oktober gab es einen [ähnlichen Fall in Bayern](#).

Wann oder wo der Gast der Kanzlerin von der arabischen Halbinsel sich infiziert haben könnte, weiß niemand. Angeblich sei bei einer Erstuntersuchung keine Krankheit festgestellt worden. Die hochinfektiöse sogenannte „offene Tuberkulose“ (TBC) ist eine bakterielle Erkrankung der Atemwege und wird durch Tröpfcheninfektion von Mensch zu Mensch übertragen.

[Bereits 2014 warnten Experten](#), dass mit der Massenmigration aus Afrika und Osteuropa insbesondere die Tuberkulose wieder nach Deutschland zurückkehren würde. Aber anstatt entsprechende Vorkehrungen zu treffen, werden auch diese „Gefährder“ auf uns losgelassen.

Das ist „gängige Praxis“

Der zuständige Pastor [Thies Feldmann kommentiert](#) die massive Gefährdung der Kinder dahingehend, dass es „eine Katastrophe für den Erkrankten und für die Gemeinde“ sei und nennt es schlicht eine „unbefriedigenden Situation“. Dass der „Flüchtling“ Zugang zu den Kindergartenkindern und jenen der Jugendgruppen hatte, sei nicht ungewöhnlich, das sei eben gelebte Praxis. Das Kirchenasyl gelte für den gesamten „kirchlichen Raum“, der den Kindergarten und das Gemeindehaus miteinschließe, führt Propst Sönke Funck an.

Es ist also lediglich „unbefriedigend“ und „gelebte Praxis“, dass die Verantwortlichen ihre Sorgfaltspflicht gegenüber unseren Kindern ihrem gedankenlosen, gutmenschlichen Zwang zur Buntheit opfern. Es wird Zeit, dass die Behörden dem unrechtmäßigen Umstand des Kirchenasyls endlich Einhalt gebieten und vielleicht sollte man auch genauer hinschauen welche Qualifikation Menschen haben, die auf unsere Kinder

losgelassen werden.

Das ist kein „Einzelfall-Erkrankter“. Uns werden nämlich nicht nur die Ein- und Zudringlinge „geschenkt“, sondern auch deren Krankheiten, die teils bei uns als ausgerottet galten. In Deutschland-All-inclusive werden sie alle gratis behandelt. Ein Tuberkulosepatient z.B. schlägt sich in unserem Gesundheitssystem mit rund 12.000 Euro pro Monat zu Buche, die Behandlung dauert im Schnitt etwa 18 Monate.

Eine Spiegel TV-Reportage aus dem Jahr 2015 zeigt den Wahnwitz mit den tuberkulosekranken Merkelgästen am Beispiel der Fachklinik für Lungen- und Bronchialheilkunde in Parsberg:

Kontakt:

Pastor Thies Feldmann

Dörpstraat 28, 24794 Bünsdorf

Tel.: 04356- 394

Email: pastorfeldmann@kirche-buensdorf.de

(Hinweis an unsere Leser: Wir bitten Sie bei Schreiben an die Kontaktadresse, trotz aller Kontroversen in der Sache, um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise.)



Die Katze ist aus dem Sack!

Von Matthias Hofmann | Es fügt sich zusammen, was zusammengehört! Lagarde, Juncker, Macron, Schultz, Schäuble, Merkel. Es gruselt einen schon bei der Aufzählung dieser selbsternannten Eliten, die zusammen den Plan vorantreiben, die Souveränität der europäischen Nationalstaaten abzuschaffen. Einhergehend mit der immer offener zu Tage tretenden Islamisierung und Afrikanisierung Europas.

Über die Gründe dieser bürgerfeindlichen Politik läßt sich nur spekulieren; Altruismus und Philanthropie können es jedenfalls nicht sein – das waren noch nie die Grundlagen von Staatspolitik. Was also dann? Es läuft auf einen Bevölkerungsaustausch hinaus, man möchte denen, die schon länger hier leben, den Bezug zur eigenen Identität nehmen, das Gefühl für Heimat und Tradition. Kurz, die eigene Nationalität. Der Grund ist ebenso simpel wie niederträchtig. Menschen, die ihrer Nationalität beraubt sind, die sich nicht mehr zugehörig fühlen und wegen der katastrophalen Lage der inneren Sicherheit in Angst leben, schließen sich nicht zusammen und mucken daher auch nicht auf. Großdemos, Generalstreiks und Ereignisse wie 1989 gehören der Vergangenheit an.

Künstliche Inflation von zwei Prozent Plus für Deutschland

Die sogenannten Eliten können schalten und walten wie sie wollen, oder es vorgegeben bekommen. Und damit schließt sich der Kreis zu den aktuellen Ereignissen. Wie bekannt, fordert Christine Lagarde eine künstliche Inflation von zwei Prozent Plus für Deutschland bei dauerhaften Nullzinsen. Merkel und ihr Vasall Schäuble widersprechen mit keiner Silbe. Was das für den deutschen Rentner, Facharbeiter und Geringverdiener bedeuten würde, muß nicht extra erwähnt werden.

Zufällig gewinnt in Frankreich zeitgleich ein Banker das

Präsidentenamt. Ein Ziehsohn der Rothschild-Dynastie. Macron kann auch binnen weniger Monate eine komplette Partei oder Bewegung aus dem Boden stampfen und gewinnt die Nationalratswahlen mit absoluter Mehrheit. Ein noch nie dagewesener Vorgang in Europa, so dass man sich die Frage der Finanzierung ruhig mal stellen sollte.

Ja. Und justament sagte Merkel am Dienstagmorgen auf der Tagung des BDI, sie kann sich einen gemeinsamen Finanzminister und ein eigenes Budget der Eurozone vorstellen. Reformvorschläge habe sie gemeinsam mit Macron schon erarbeitet. Spätestens hier und jetzt muß doch auch dem strammsten CDU-Wähler klar werden, wohin die Reise gehen soll und ob er da wirklich hin möchte.

Vielleicht hätte die Überschrift besser „Knüppel aus dem Sack“ lauten sollen? Aber das überlasse ich dem geneigten Leser.



Brüssel: Moslem ruft „Allahu Akbar“ und löst Explosion aus

[Am Montag Paris](#), gestern Brüssel – Terroranschläge gehören fast schon zum Alltag in Europa. Am Bahnhof Central in der belgischen Hauptstadt gab es am Dienstagabend eine Explosion. Ein Moslem mit Sprengstoffweste hatte versucht, einen Anschlag zu begehen. Nach Angaben eines Augenzeugen hat der

Verdächtige kurz vorher „Allahu Akbar“ (Allah ist größer) gerufen. Sicherheitskräfte schossen den etwa 30-Jährigen, der kurz zuvor eine Explosion ausgelöst hatte, nieder. Er starb an seinen Verletzungen.